

kapitalen in das Eigentum der Gesellschaft, wobei alle am Produktionsprozess Beteiligten die Eigenschaften von Funktionären der Gesellschaft mit bestimmendem Einfluss auf die Erzeugung erhalten. Es handelt sich also bei der Sozialisierung um die Etablierung eines ganz neuen Wirtschaftssystems, das zu dem bisherigen in völligem Gegensatz steht.

Ein solches Wirtschaftssystem lässt sich natürlich nicht mit einem Wagnis Sprung — von heute auf morgen — einführen. Lange Vorarbeiten sind nötig. Infolgedessen ist die Sozialisierung kein einmaliger Akt, sondern ein Prozess, der die verschiedenen Zweige des Wirtschaftslebens nach und nach ergreift und sich ihrer bemächtigt. Manche Industriezweige eignen sich mehr, andere weniger für die Sozialisierung, wieder andere gar nicht. Besonders geeignet erscheinen alle Erwerbszweige mit großkapitalistischen Produktions- und Transportmitteln. Wo diese ein soziales Macht- und Herrschaftsverhältnis begründen, wo sie also mit anderen Worten „Kapital“ sind, da erstreckt der Sozialismus die baldige Beseitigung des Privateigentums und die Übernahme der gesamten Erzeugung in gesellschaftliche Betriebe. Der Anfang wird jetzt gemacht mit dem Bergbau. Der erste vorbereitende Schritt zu seiner Sozialisierung besteht in der durch Verordnung der Reichsregierung vom 18. Januar erfolgten Ernennung von Reichsbevollmächtigten für die einzelnen Bergbaukreise zur fortlaufenden Überwachung aller wirtschaftlichen Vorgänge auf dem Gebiete der Kohlenförderung, des Abfuges und der Verwertung der Kohlen, sowie hinsichtlich der Preisbestimmung. Dingegen sind die kleinen Betriebe keine geeigneten Objekte für die Sozialisierung. Daher dürften z. B. das Handwerkzeug des Barbiers und die Mühle des Müllers, auf der er selbst mahlt, Privateigentum bleiben.

Sehen wir uns nun die sozialisierte, d. h. zum Zweck des Wohles der ganzen Gesellschaft, des ganzen Volkes betriebene Produktion in dem oben gegebenen Sinne etwas näher an.

Sie charakterisiert sich erstens durch die Ordnung und die planmäßige Lieberlegung, möglichst viel und gut zu produzieren. Bei jeder Sozialisierung, gleichviel welcher Art, spielt die Frage eine Hauptrolle: wie kann die Produktion rationeller gestaltet werden? Erzeugungstechnisch betrachtet ist daher das Sozialisierungsproblem ein Produktivitätsproblem. Als solches wird es auch von den derzeitigen politischen Nachbarn gewertet. „Angesichts unserer heutigen Lage“ erklärte vor kurzem der bisherige preussische Finanzminister Simon zur Frage der Vergesellschaftung der Betriebe, „können wir uns den Luxus der bisherigen verschwenderischen Arbeit nicht mehr leisten. Wir müssen nicht nur eine einheitlich organisierte Produktion einführen, sondern zugleich auch in gut durchdachten System, das die kleinste Inanspruchnahme der Kräfte ergibt.“ Die bisherige Güterproduktion steht dazu im Gegensatz; sie ermonnt die Dignität und die Regelung, soweit nicht etwa Kontrolle und Zuchtlose Verteilung zu schaffen verstanden. Im Prinzip waren es die Preise, deren Steigen und Fallen anreize und dämpfte auf die Erzeugung einwirkte. Die Preise regulierten die Produktion, Verteilung und Konsum. Mit der Sozialisierung soll diese Willkür durch planmäßiges Eingreifen ersetzt werden. Die Produktion soll dem Bedarf angepaßt und alles unwirtschaftliche Ausschuss, das in überflüssigen Zustand der freien Konkurrenz auszuwachen, beseitigt werden. Aber das kann nur geschehen dadurch, daß an Stelle des Neben- und Gegenwärtigen ein Flächenmaß, an Stelle der Planlosigkeit eine geordnete Regelung tritt. Die Resultate der Produktion werden dann nicht mehr den Charakter von Waren tragen, sondern den von Konsum- und Gebrauchsgütern. Das Detail dieses organisatorischen Ausbaus ist hier nicht näher zu untersuchen.

Vergesellschaftung bedeutet aber ferner, daß der Unternehmer im heutigen Sinne und der Kapitalist verschwinden. Es gibt nur noch Arbeiter der Massen, wenn auch mit verschiedenen Funktionen, z. B. Organisationsleiter, technischer männliche Angestellte und die Rolle des Genossenschaftsbildet nicht die Staatsverwaltung mit ihrer Bürokratie — was auch zu häufigen territorialen Änderungen Anlaß gibt —, sondern die Selbstverwaltung, wie sie heute schon in jeder Weise besteht. Alle Arbeiter und Angestellten sind nicht mehr Arbeiter und Angestellte im heutigen Sinne, sondern haben als Mitbeteiligte am Produktionsprozess die Einkünfte von Funktionären der Gesellschaft mit bestimmtem Einfluss auf die Erzeugung. Sie beziehen als Entgelt den ganzen Teil des Ertrages ihrer Arbeit. Ein anderer Teil fließt wie bei der Abgabe der Akkumulation, für Erweiterungen, Verbesserungen und bessere Ausgestaltung der Betriebe verwendet werden müssen, ein dritter Teil endlich für die Gesamterfordernisse der Gesellschaft.

Auf diese Stellung des Arbeiters im Betriebe kommt es an. Die bloße Liebergabe eines Unternehmens an die Arbeiterchaft ist, wie früher bemerkt, noch keine Sozialisierung.

Schließlich kann es aber in einer sozialisierten Wirtschaft nicht mehr wie bisher zwei Arten des Einkommens geben. Die Kapitalrente (Profit und Zins) ist verschwunden. Das arbeitsliche Einkommen hat keinen Raum mehr. Die Unmöglichkeit der Bestreitung des Lebensunterhalts aus anderen Quellen als denen der Arbeit bildet für alle Arbeitstätigen eine Selbstverständlichkeit. So ist das Problem der Sozialisierung nicht nur ein die Erhebung der Gütermenge in sich schließendes Produktionsproblem, sondern in letzter Linie das Problem einer ganz anders gearteten Verteilung der Güter, als sie heute besteht.

Damit haben wir die Sozialisierung als ein Prinzip erkannt, das, weit entfernt davon mit Verstaatlichung der

Produktionsmittel oder bloßen Übergang des Eigentums der Betriebe an die Arbeiter identisch zu sein, ein auf zentralistischer Leitung und Organisation aufbauendes, nach dem Grundgedanken des kleinsten Kraftmaßes durchdachtes und durchkonstruiertes wirtschaftliches Bedarfsdeckungssystem ist, in welchem das ganze der Produktion dienende Kapital (im volkswirtschaftlichen Sinne) nicht mehr wie bisher Einzelnen oder Aktiengesellschaften gehört, sondern der Gesamtheit und daher auch der Ertrag der Gesamtheit zugute kommt, nicht mehr teilweise in Gestalt von Rente, sondern lediglich als Arbeitslohn, und in welchem die Arbeiter (im weitesten Sinne des Wortes) eine völlig andere Stellung einnehmen als bisher, indem sie nicht mehr Objekte, sondern Subjekte des Betriebes sind.

Deutsche Leiden.

Das Verhängnis, das seit dem Jahre 1914 das deutsche Volk heimgesucht, das sich noch lange nicht bis in seine letzten Konsequenzen ausgewirkt, sondern wir müssen in allen Fragen, die sich auf die Zukunftsentwicklung Deutschlands beziehen, leider die Tatsache in Rechnung stellen, daß die schädlichen Folgewirkungen dieses entsetzlichen Krieges auf allen Gebieten unseres Volkslebens, vor allem aber in unserer Wirtschaftsführung, noch auf Jahrzehnte hinaus hart zu fühlen sein werden. Die Blockade, die England 1914 über uns verhängte und jetzt noch aufrecht erhält, hat uns jede Ergänzung unserer mehr und mehr zusammen schrumpfenden Vorräte unmöglich gemacht und der Krieg hat unsere wirtschaftlichen Kräfte so aufs äußerste erschöpft und unsere Reserven so aufgezehrt, daß wir heute der arme Lazarus unter den Kulturvölkern der Erde sind, der auf die Unterführungen derjenigen angewiesen ist, denen es besser geht.

Vergleichen Sie sich in unserem gegenwärtigen Zustand politischer Ohnmacht und wirtschaftlicher Armut nach Möglichkeiten aus, wieder in die Höhe zu kommen. Wir sind von aller Welt nicht nur verlassen, sondern immer mehr entrückt sich nach unserem militärischen Zusammenbruch die Tatsache, daß die Welt uns auch nach dem Krieges endlich gegenübersteht und daß unsere siegreichen Gegner gewillt sind, unsere Ohnmacht zu ihrem Vorteil auszunutzen.

Nichts kann uns schmerzlicher und eindringlicher unsere gegenwärtige Machtlosigkeit vor Augen führen, als die Abfahrt der Franzosen, 80000 Kriegsgefangene Deutsche nach dem Krieg in ihrem Lande zur Zwangsarbeit zurückzubehalten. Sollte das zur Tatsache werden, so würde es beweisen, daß die schlimmsten Formen der Barbarei und Sklaverei auch heute noch möglich sind. Es würde sich dann nicht um einen bloßen Kulturakt handeln, es würde in jedem Ansehen stand, mit einiger Scham bedecken die unio unauflöslicher wäre, als der Kampf um die Freiheit der Kulturmenschen gerade in Frankreich ausgebrochen wurde. Im Jahre 1789 hatte Voltaire bei der Zusammenkunft der Nationalversammlung den Antrag, Proklamierung der allgemeinen Menschenrechte und dieser Antrag wurde angenommen. Der erste Artikel lautete: „Der Mensch wird frei und gleich an Rechten geboren und bleibt es.“ Nicht für das erste Mal, wenn es um die unauflösliche Verbindung der Menschheit nicht zuwärtens gehen soll, für alle Zeiten bestehen bleiben.

Und wiederum geht Frankreich mit der unüberwindlichen Abfahrt um 80000 Deutsche zum Fremdenland zurück zu hohem. Dieser Fall hat in der Weltgeschichte der Menschheit einen Platz und wir müssen weit in das Altertum zurückgehen, um auf eine ähnliche Barbarei zu stoßen. Es ist aber auch ein Beweis dafür, in wie hohem Grade unsere Feinde auch jetzt noch, nachdem die Waffen ruhen, von Haß und von der Geshingirer verblendet sind.

Aber es kann zugleich auch seinen eindringlichen Beweis unserer gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht geben, als die Tatsache, daß wir uns auch diese schmerzliche Bedingung gefallen lassen mußten, wenn sie uns nicht über uns verhängt würde. Die hohe Zahl der für den Friedensfall in Aussicht genommenen Gefangenen beweist uns, daß es in ihrer überlebenden Waffe von die Arbeiter wären, die von dem Sklavensystem betroffen würden, auf weitere Jahre hinaus zur Zwangsarbeit und zur Trennung vom Heimatlande und von den Verwandten verurteilt zu sein. Wir wollen allerdings nicht vergessen zu erwähnen, daß von deutschen von mandobehören befristete Gefangene und Internierte zu Zwangsarbeiten getrieben wurden, aber wir, die sozialistisch gestulten Arbeiter haben dagegen protestiert und das gibt uns das Recht, auch gegen die geplante Barbarei gegen deutsche Kriegsgefangene zu protestieren.

Der kommende Friedensvertrag wird sich auch mit der internationalen Regelung der Arbeiterchafts-Organisation befassen und es liegen hierzu Anträge von den Arbeiterorganisationen aller Kulturländer vor. Die Frage der Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangenen ist zunächst zwar eine allgemeine politische, aber sie ist doch in hohem Grade auch eine Arbeiterfrage und bei der Beratung der internationalen Arbeitererträge wäre den deutschen Arbeiterdelegierten auf dem Friedenskongress die Gelegenheit gegeben, gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen im Interesse der deutschen Arbeiter Protest zu erheben.

Nach dem Zusammenbruch vom 9. November sind wir lebend geworden, nachdem wir jahrelang von einer Regierung, die die Folgen ihrer Politik zu fürchten hatte, in unverantwortlicher Weise gelockt und hintergangen wurden.

Über es kann uns jetzt wenig helfen, wenn wir die Schuldfrage aufwerfen, die schließlich über unsere Erregung

stimmend auf andere Länder übergegangen ist. Es mit der durch den Krieg gestiegenen Nachfrage und alle unsere Kräfte und Bestrebungen müssen sich richten, auf dem Zusammenbruch zu retten, was zu retten ist.

Lieberlichen wir unsere gegenwärtige Lage, so wie sie freilich auf Jahrzehnte hinaus unumkehrbar ist, unter geschlagenes Wirtschaftsleben wieder auf die zu bringen, die es vor dem Kriege inne hatte. Die glückliche Erbegebnis des Krieges hat uns in jeder Beziehung, in erster Hinsicht aber in der Frage unserer künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, von unseren besiegten Gegnern abhängig gemacht. Es kommt eben an, welche Bedingungen uns von unseren Gegnern unsere zukünftigen wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten aufgestellt werden und wir haben nach allem, was bisher über die Absichten der feindlichen Regierungen zu erfahren, keinen Grund, und allen weitgehenden Erwartungen hinzugeben. Es ist von den Gegnern ja oft genug behauptet worden, daß es der Zweck ihrer Kriegsführung militärisch und wirtschaftlich niederzulegen England hat bisher noch immer seine weltpolitischen durchgeführt, auch wenn sie Verarmung und Untergang besiegten Völker zur Folge hatten und von dem erzieht und freigelegten Frankreich ist ebensowenig Willde zu erwarten.

Im Übrigen beweist ja die langjährige Misere der über uns verhängte Hungertrief, daß dieser Krieg allen möglichen Mitteln der Grausamkeit gegen uns wurde. Die Entbehrungen, denen das deutsche Volk seiner Ernährungsweise jahrelang ausgesetzt war und sich mit jedem weiteren Monat der Kriegsdauer verschärfen sind natürlich von den unheilvollsten Folgen für den Gesundheitszustand gewesen. So den Opfern, die der draußen auf den Schlachtfeldern forderte, kommen die Luste an Menschenleben und die Einbußen an der Gesundheit der Lieberlebenden, die auf die jahrelange unzureichende Ernährungsweise zurückzuführen sind. Und das ist auch, soweit sich Urkunden und Wirkungen bei den Fällen feststellen lassen, Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Fällen in sich, während der Schwaben, den lebende Bevölkerung an der Gesundheit erlitten hat, haupt unumkehrbar ist.

Die Wissenschaftliche Deputation für das Reichswesen hatte dem Ministerium des Innern unter dem 18. 1917 ein Gutachten über den Einfluß der Kriegsdauer auf die Volksgebundheit erstattet, das sich in der Hauptsache auf Verordnungen der Regierungspräsidenten und Sammenstellungen aus statistischen Merkmalen größerer Städte stützt. Es erwies sich hieraus, daß die Bevölkerung damals schweren Schaden an Leib und Leben erlitten hatte. Um über die weitere Entwicklung dieser Frage unterrichtet zu sein, sind vom preussischen Ministerium Innern, Erbe 1918 erneut Berichte der Regierungspresidenten angefordert worden, aus denen folgendes hervorgeht:

Die Angaben über die Sterblichkeit sind für die Jahre 1917 und 1918 nicht mehr so unbedeutend geringfügig wie vorher. Die Beobachtung der Sterblichkeit der Säuglinge wird dabei gegeben, daß die Zahl der Säuglinge die im Alter von einem bis zu drei Jahren gestorben sind, immer größer und immer weiter an die Grenzen der Erregung der Frauen zurückgeführt wird. Seitdem wird auch der Verlust der Säuglinge und Vermehrung der Sterblichkeit zum Schluß an der Erregung der Säuglinge zurückgeführt. Die überflüssige Anzahl unter den Säuglingen ist zu hoch und hat zu einer großen Zahl der Sterblichkeit geführt. Bei den Säuglingen namentlich bei den von 12 Jahre ab, hat sich der Gesundheitszustand weiter verschlechtert. Das Körpergewicht abgenommen, auch wird über Feststellungen von dem Völkervereinigungsausschuss allgemein berichtet. Die Zahl der Säuglinge, die im Alter von einem bis zu drei Jahren gestorben sind, ist ebenfalls zu hoch.

Bei den 13 bis 30-jährigen ist im allgemeinen eine verhältnismäßig Widerstandsfähigkeit festzustellen, die sich in einem Stillstand der Körpergewichtszunahme erkennen läßt, doch haben die Kräftigen und die Schwachen mehr zu leiden als vorher. Die überflüssigen Personen haben, wie bisher, am meisten unter unzureichenden und ungewöhnlichen Ernährung zu leiden. In manchen Orten hat sich die Sterblichkeit der Säuglinge erhöht. In anderen war sie etwas zurückgegangen, doch bewegen, weil der Tod dieses Lebensalter bereits abgemindert hatte, daß nur noch die unter den unzureichenden Lebensbedingungen Lebenden zurückgefallen waren. einer Zusammenstellung des Preussischen Statistischen Landesamts starben von den über 60 Jahre alten Deutschen 1918: 198088, 1914: 211442, 1915: 216301, 1916: 1917: 270679, im ersten Vierteljahr 1918: 67589.

In ganz erheblichem Maße hat die Sterblichkeit an Tuberkulose zugenommen. In Preußen hat an Tuberkulose überhaupt nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamts 1913: 56861, 1914: 56377, 61006, 1916: 66544, 1917: 86217, im ersten Vierteljahr 1918: 20047 Personen. Es starben also 1917 rund 1000 Menschen mehr an Tuberkulose als 1918. Steigt die Sterblichkeit in den letzten drei Vierteljahren 1918 in derselben Weise wie in dem ersten, so werden im Jahre 1918 insgesamt 40000 Personen mehr gestorben sein als 1917. Bei einer Verteilung dieser Fälle auf Stadt und Land ergibt sich folgendes Bild:

1913:	81563	Stadt:	26208	Land:
1914:	82625		26922	
1915:	84435		28671	
1916:	87557		28987	
1917:	80496		26722	

der Stadt wie auf dem Lande erschreckend hoch und mit Rücksicht auf die...
Diese Zahlen reden eine ernste Sprache und doch müssen wir getrost festhalten, daß der ungeheure Schaden, den der Krieg dem deutschen Volke in seiner Weisheit und allen anderen Gebieten zugefügt hat, in Zahlen überhaupt nicht auszudrücken ist. Die Bilanz des Krieges hat uns mit einem ungeheuren Festbetrag abgesehrieben, unsere Kräfte sind erschöpft, unser Wirtschaftsleben liegt darnieder und alle Angelegenheiten darauf hin, unsere Gegner unter Friedensbedingungen anzufechten, die den Zustand unserer politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht zum mindesten auf Jahrzehnte hinaus vergrößern. Es besteht die Gefahr, daß unserm Bestreben der Augenblick wieder gurgelnde Handelsbeziehungen einen freien Güteraustausch anzuschließen, Festeln anzuwenden, die wir nicht zu sprengen imstande sind. Abhängigkeit unserer Einfuhr und Ausfuhr von England und den durch diesen verlorenen Krieg unbeschreiblich verschärft. Und doch gibt es keine andere Möglichkeit, daß wir uns wieder erholen könnten, als durch die Ausfuhr von Rohprodukten und Nahrungsmitteln und durch Ausfuhr unserer industriellen Erzeugnisse. Und in diesen Dingen sind wir so ganz der überragenden Macht unserer Vorkriegsprodukte auszuliefern.

den Überwachungs...
Berlin, den 11. Februar 1919.

Überwachungsamt der Schuhindustrie.

Der Vorsitzende: Wallerstein.

Mitteilungen.

Kornwestheim. Am 30. Januar fand die Generalversammlung unserer Zählstelle statt, welche von über 1000 Mitgliedern besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Bühler gedachte einleitend der gefallenen Kollegen und begrüßte die aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder. Aus dem Tätigkeitsbericht des Ortsvorstandes war zu entnehmen, daß im letzten Jahre 41 Sitzungen der Ortsverwaltung, 14 Mitglieder, 20 Betriebs- und 11 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Eingetretene sind 1335 Kollegen und Kolleginnen, aus dem Felde zurückgekehrt 257 Mitglieder. Der Mitgliederstand war am 1. Januar 1919 mit 1130 Kollegen und 1130 Kolleginnen, zusammen 2260 Mitglieder. Diese Zahl sei bis zur Generalversammlung auf über 2000 gestiegen. Die Revolution habe weiter große Anforderungen gestellt, da es die Ortsverwaltung als ihre Pflicht angesehen habe, die Erzeugnisse der Revolution im Betrieb in die Praxis umzusetzen. Eine gesicherte Existenz für die Arbeiterschaft zu schaffen, die Neugestaltung dieser Dinge haben sich die Verhandlungen mit der Firma Säge in entgegenkommender Weise vollzogen. Ebenso habe die Firma den vom Beerdienst zurückgekehrten 100 ML, und den verheirateten 200 ML, neben einer Stiftung von einer halben Million Mark für Unterhaltungs- und gemeinnützige Zwecke, neben dem Angestellten-Ausschuß und Vertretern der Firma übertragen wurde. Redner streifte weiter die Aufgaben der Zukunft, welche als noch weit größere bezeichnet werden müßten. Ein Antr. g. den Geschäftsbericht gedruckt herauszugeben, fand einstimmige Annahme. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung wurde von keinem Redner einer Kritik unterzogen. Unter den eingelaufenen Anträgen wurde der Antrag, auf die Abschaffung der Alfordarbeit hinzuwirken, nach kurzer Debatte angenommen. Ein weiterer Antrag, mit keinem unorganisierten zusammenarbeiten, wurde freudig begrüßt und angenommen. Aus der Mitte der Versammlung wurde beantragt, die Ortsverwaltung in seiner alten Zusammensetzung der Leitung wiederzuwählen, neu hinzugewählt wurden zwei weitere Kolleginnen. Mit dem Hinweis zur fröhlichen Mitarbeit in der kommenden schweren Zeit schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Nachfolgend verzeichnete Mitglieder...
werden als verloren gemeldet und hiermit für ungültig erklärt:

- Wilhelm Frank, B.-Nr. 25 588, eingetreten am 31. Januar 1908 in Kornwestheim.
- Karl Goppelt, B.-Nr. 40 112, eingetreten am 4. November 1909 in Kornwestheim.
- Albin Krämer, B.-Nr. 54 501, eingetreten am 12. Mai 1897 in Stuttgart.
- Gottb. Deuttmüller, B.-Nr. 59044, eingetreten am 20. Februar 1913 in Kornwestheim.
- Sustav Grupp, B.-Nr. 64 988, eingetreten am 22. Oktober 1912 in Kornwestheim.
- Frieda Riebel, Karte, eingetreten am 19. Mai 1913 in Weissenfeld.
- Hch. Findeis, B.-Nr. 24 649, eingetreten am 1. April 1908 in Naiba.
- Job. Findeis, B.-Nr. 37 014, eingetreten am 8. Juni 1906 in Naiba.
- Louis Epige, B.-Nr. 11 842, eingetreten am 2. Februar 1901 in Berlin.

Kornwestheim, den 2. März 1919.
Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

- Altenburg. Max Joh. Siegelstr. 27, 1. Bev.; Alois Dehmling, Wenzelstr. 52, 2. Bev.; Eugen Fröder, Juidauerstraße, 3. Bev.; Karl Jastl und Ernst Schleich, Revisoren. Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. zu richten. Unterstutzung zählt der 2. Bev. mittags von 12 bis 1/2 Uhr aus. Versammlungsort und Berberge: Gewerkschaftsheim Hiltgasse 4.
- Bremen. D. Hochheim, Calovstr. 13, 1. Bev.; A. Metz, Alsenstr. 35, 2. Bev.; J. Jand, Findorffstr. 76 II, 3. Bev.; M. Meyer und Hof. Maucha, Revisoren; S. Uer, Ledernstr. 8, Kartelldelegierter. Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. zu richten. Sämtliche Unterstutungen zählt der 2. Bev. jeden Sonnabend nachmittags am Verkehrslokal: Gewerkschaftshaus, Faulenstr. 58/60. - Mitgliederversammlungen finden jeden 1. Montag im Monat im Gewerkschaftshaus, abends pünktlich 8 Uhr statt.
- Burgundstadt. Unsere wertigen Mitglieder werden für den Fall der Erwerbslosigkeit oder Krankheit auf die Bestimmungen des Statuts aufmerksam gemacht und ordnungsgemäße Beachtung erbeten. Ferner wird auf die am Sonntag, den 9. März, nachmittags 2 1/2 Uhr im Vereinslokal bei Weis Müller stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht und im Hinblick auf die sehr wichtige und reichhaltige Tagesordnung am vollständigen und pünktlichen Erscheinen dringend ersucht. U. a. wird Arbeitsekretär Josef Seemann einen interessanten zeitgemäßen Vortrag halten.
- Ehrenfriedersdorf. Alfred Weisse, Kaiser-Wilhelmstr. 11 II, 1. Bev.; Oswald Landrod, Dohnerstr. 3, 2. Bev.; Bruno Weinhold, Untere Kirchstr. 11, 3. Bev. Die Unterstutungen zählt der 2. Bev. Sonnabend nachmittags von 5-6 Uhr aus. Das Vereinslokal ist 'Agerhaus'. Mitgliederversammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 15. jeden Monats statt.
- Freiberg. Paul Schwinger, 1. Bev.; Wilhelm Müller, 2. Bev.; Max Schönherr, 3. Bev.; Clemens Ottrich und Moris Hiltig, Revisoren. Die Unterstutungen zählt der 2. Bev. von 12-1 und 5-6 Uhr aus. Gleichzeitig werden die Mitgliedsbücher eingezogen zwecks Kontrolle. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, ihre Rückstände bis dahin zu begleichen.
- Gehingen. Anton Altmaler, Rabengasse 12, 2. Bev.; Johann Biegler, Untere Hiltgasse 4, 1. Bev.; Jakob Müller, Kübingerstr. 3, 3. Bev.; Friedrich Müller und Elias Fauer, Revisoren. Unterstutungen zählt der 2. Bev. täglich von 11-1 Uhr aus. Vereinslokal Gasthaus zum Anker, Herberge ebenfalls.
- Hildesheim. Herrn. Bläser, Tappenstr. 58, -1. Bevollm.; Bernh. Semrich, Osterstr. 7, 2. Bev.; Heinrich Rube, 3. Bev. Lemisstr. 6; Karoline Bläser und Otto Wolpert, Revisoren.
- Saitzro. Albert Hübner, Grüne Straße 25, 1. Bevollm.; Friedrich Banz, Lindenstr. 3, 2. Bev.
- Karlstein. Fritz Bieger, Fasanenstr. 23, 1. Bev.; Hans Damerbauer, Gernigstr. 20, 2. Bev.; Franz Weber, 3. Bev.; Hans Risch und Bapnis, Revisoren. Sämtliche Unterstutungen zählt der 2. Bev. aus. Versammlungen jeden 2. und 4. Montag im Monat.
- Riel. Es muß heißen: R. Schlaßle und U. Grapengeter, Revisoren. - Ferner: Seber hier interessierende Kollege hat sich vor Annahme der Arbeit bei dem Kollegen G. Fode, Adolfsstr. 2a zwecks Lohnverhältnisse zu vernehmen.
- Kornwestheim. R. Bühler, Riedmarstr. 14, 1. Bevollm.; R. Evenger, Verbandsbureau, Eisenbahnstr. 2, 2. Bev.; R. Frank, 3. Bev.; Verkehrslokal: Gasthaus zur Post. Versammlungen von 8-1 Uhr und von 3-6 Uhr. Weitere Mitglieder der Verwaltung sind: G. Stroh, P. Volk, S. Glus, F. Schwarzwälder, H. Andele, Frau Stecher, Berta Spring, Frau P. Müller.
- Schnitz. Emil Toblgenmuth, Schulgasse 260, 1. Bevollm.; Ernst Meigel, Hiltgasse 428, 2. Bev.; Willy Jahn, Zwölferstr. 65a, 3. Bev.; Arthur Weißig und Richard

Überwachungsamt der Schuhindustrie.

Bekanntmachung

Herbst der Verwendung von Papierrohstoffen zur Herstellung von Schuhwaren für Kriegsdienstleistungen A, B und D mit Vollbeschnitt und für Straßen...

Auf Grund des Art. 1 § 1 der Bekanntmachung des Reichsausschusses über die Erleichterung von Verfertigungs- und Vertriebsbedingungen in der Schuhindustrie vom 17. März 1918 sind Folgendes angeordnet:

- Die weitere Verarbeitung von Papierrohstoffen für die Herstellung von Kriegsdienstleistungen A, B und D mit Vollbeschnitt und von Straßenbahnwagen wird mit sofortiger Wirkung verboten. Zugleich ist, aber noch nicht eingeleitet, die Herstellung von Kriegsdienstleistungen A, B und D mit Vollbeschnitt, sondern müssen durch haltbare Textilstoffe ersetzt werden.
- Den Herstellern wird für die vorhandenen Mengen von Papierrohstoffen, sowie für zugewandene, noch nicht weiterverarbeitete Papierrohstoffe-Schuttteile, soweit diese zur Anfertigung von Kriegsdienstleistungen A, B und D mit Vollbeschnitt für die Schuhindustrie bestimmt sind, eine Entschädigung von 10% des nachgewiesenen Wertes von Überwachungsamt der Schuhindustrie gewährt.
- Hersteller, welche Entschädigung für Papierrohstoffe in Anspruch nehmen, haben bis zum 28. Februar 1919 die Schuhwarenherstellung- und Vertriebsberechtigung bei dem Überwachungsamt der Schuhindustrie einzureichen, das gemäß § 2 der Bekanntmachung entsprechende Bescheinigung erteilt, unter Angabe der Einkaufspreise zu stellen. Die Bescheinigungen haben die Meldungen mit Prüfungsprotokollen schnellstens an den Überwachungsamt der Schuhindustrie, Unt. 1, weiter zu geben.
- Die Beschlagnahme von Papierrohstoffen-Außenstoff wird durch die Beschlagnahme von Papierrohstoffen-Außenstoff kann sonach von jedem Hersteller verweigert werden. Die über Papierrohstoffe-Außenstoff für Schuhwaren vertrieben, für welches es nach § 1 nicht verboten ist, wenn eine Entschädigung hierfür gewährt worden ist, ist dem Einkaufspreis, abzüglich der gewöhnlichen Aufschlag, bei der Preisberechnung berücksichtigt werden.

Bekanntmachung

Herbst der Verwendung von Rohstoffen für Kriegsdienstleistungen, deren Entschädigung nicht aus Papierrohstoffen besteht.

Die halbfertigen und fertigen Kriegsdienstleistungen in den Klassen A, B und D, soweit deren Einfuhr nicht durch die Beschlagnahme von Papierrohstoffen gehindert ist, sollen, soweit sie in der Lage sind, mit Lederböden fertiggestellt werden. Die Aufstellung einer entsprechenden Menge ist an die zuständige Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsbehörde zu richten. Den Anträgen ist der Nachweis der in Arbeit befindlichen und fertigen Kriegsdienstleistungen, getrennt nach den Größenklassen, zu machen. Die Berechnung der mit Lederböden fertiggestellten Schuhwaren in den beiden vorstehenden Klassen ist an die zuständige Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsbehörde zu richten. Die Berechnungen haben die Meldungen nachzuprüfen und die Berechnungsergebnisse, einschließlich der Preise, an

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die... 3. März bis 9. März der 10. Wochenbeitrag... ist.

An die Ortsverwaltungen!

Bei Materialbestellungen ersuchen wir, stets die dazu bestimmten Bestellkarten zu benutzen, da solche Bestellkarten im Texte von Briefen leicht übersehen werden können.

Der Zählstelle Hameln a. d. W. wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. März ab von den Mitgliedern in allen Klassen einen Vorkaufbeitrag von 10 Pf. pro Woche und Material zu erheben.

Die Mitglieder genannter Zählstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Rückzahlung dieser Extraktoren die Folgen des § 9. Absatz a nach sich zieht.

Der Zählstelle Weiskath D.-Schl. wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. März 1919 ab von ihren Mitgliedern aller Klassen einen wöchentlichen Vorkaufbeitrag von 10 Pfennig zu erheben. Die Mitglieder genannter Zählstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Rückzahlung dieser Extraktoren die Folgen des § 9. Absatz a nach sich zieht.

Wager, Revistoren. Die Unterstützung zahlt der 2. Bev. am Freitag nachmittag von 4-5 Uhr aus.

Wambeth. Otto Winkler, Rheinbäckerstr. 44. 1. Bev.; Adam Rudolph, Dampfstra. 10. 2. Bevollm.; Georg Schmitt, Sammtstr. 13. 3. Bev.; Johann Erich, Grabenstraße 111 III und Ch. Wunderlich, Gartenfeldstr. 15 a IV. Revistoren. Unterstützungen und Krankenunterstützung zahlt der 2. Bev. Freitag nachmittags von 4-7 Uhr. Reiseunterstützung täglich von 4-6 Uhr nachmittags aus.

Wardach a. N. Karl Wegel, Marktstr. 104. 1. Bev.; Gottlob Strobel, Postamtstr. 3. 2. Bev.; Johannes Eubner, 3. Bev.; Gottlieb Fingerte und Wilh. Walter, Revistoren. Unterstützung zahlt der 3. Bev. von 6-7 Uhr abends aus. Beiratsnotul: Gasthaus zum Stern.

Wesbach. Friedrich Pfeiffer, Alt. Turnplatz 53. 1. Bev.; Franz Dinger, Waldhof. 2. Bev.; Alois Gloninger, Waldhof. 3. Bev. Die Unterstützungen zahlt der 2. Bev. a. e.

Wiedelhausen i. H. Fr. Feilerberg, Engesgasse 78; Joh. Mengel, Doree Marktstraße 6. 2. Bev.; Wilh. Sterzing, 8. Weg; Frau Meient und vhr. Reiskner, Revistoren. Alle Zuschriften sind an den Vorstehenden zu richten. Die Unterstützung zahlt der Kassierer abends von 6-8 Uhr aus.

Wiesla. Clemens Rich, Popplirgerstr. 31. 1. Bev.; Theodor Romames, Jusuau Schneider, Bleichenstr. 14. 1. Bev.; Max Wenzel, Blücherstr. 3. 2. Bevollm.; Max Geier, Griebenstr. 16. 3. Bev.; Die Unterstützung zahlt der 2. Bev. aus.

Wolpert. Dastfr. 19. 2. Bev.; Kurt Steber, 3. Bev.; Bruno Reinhardt und Paul Weichert, Revistoren. Die Versammlungen finden jeden Montag nach dem ersten im Restaurant zur Burg statt.

Worms. Jakob Meyer, 1. Bev.; J. Müller-Bureau, Marktstr. 138. 2. Bev.; Wöhinger, Wirtor, Frieda Danke, Weigel, E. Müller, Thoma und Vriehle, Revisoren. Alle Zuschriften sind an das Bureau zu richten.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands (Erfassliste) zu Hamburg.
(Mehrerer Verort auf Gegenseitigkeit in Hamburg)
Befanntmachung des Hauptkassierers.
Gelder gingen ein vom 7. Januar bis 15. Februar 1919:
Bodenheim 100.—, Remden 200.—, Alt. d. dain 300.—, Erfurt-Nord 100.—, Süssenhausen 150.—, Otzenen 200.—, Gmünd 50.—, Duingen 100.—, Deltisch 100.—, Herzogenauach 300.—, Königsberg 130.—, Lugeburg 400.—, Bremerhaven 60.—, Pforzheim 200.—, Kiel 150.—, Wamb. berg 300.—, Swinis 60.—, Neufolkn 150.—, Schönborf 80.—, Wardach 70.—, Stadlum 200.—, Wänden 400.—

Neustadt-Magdeburg 100.—, Drees 200.—, Wietzenheim 50.—, Endingen 180.—, Northeim 30.—, Ründen 50.—, Magdeburg 200.—, Lechhausen 100.—, Braunschweig 47,26, Pirna 100.—, Neumücken 50.—, Mügeln 45.—, Neustadt 77,51, Gutsrow 50.—, Rostock 40.—, Burg 400.—, Ulm 100.—, Potsdam 60.—, Schöneberg 400.—, Chemnia 100.—, Stettin 100.—, Salbei Stadt 100.—, Bremen 200.—, Jienzburg 100.—.
Summa: 6759,76 Mk.

Zufuß erhielten:
Laußen 50.—, Charlottenburg 200.—, Constheim 216.—, Wifler 300.—, Oberthausen 200.—, Mering 170.—, Spilgig-Ort 300.—, Radeheim 100.—, Rabau 150.—, Offen 100.—, Eibing 150.—, Labenburg 100.—, Ruffringen 100.—, Sondorf 150.—, Schweinfurt 300.—, Wechum 100.—, Schmaltdalen 100.—, Sperloda 300.—, Dietzheim 500.—, Verminnd 100.—, Jferloda 300.—, Remmingen 100.—, Bürgel 150.—, Hochlig 50.—, Pirnaisens 400.—, Hebelingen 100.—, Barinen 100.—, Neustadt 100.—, Waing 450.—, Heidenheim 250.—, Witten 70.—, Neuwald 100.—, St. Aupheim 100.—, Langenblech 200.—.

Summa: 6060.— Mk.
Hamburg, den 15. Februar 1919.
S. Esel, Hauptkassierer.

Achtung! **Achtung!**
Gau 6. Sitz Berlin.
Die zum Sonntag, den 2. März anberaumte **außerordentliche Bezirks-Konferenz** kann an diesem Tage aus besonderen **Ursachen nicht stattfinden!**
Sie wird hiermit auf Sonntag, den 23. März festgelegt.
J. A. P. Samacher, Berlin, Engelfufer 11.

Sterbetafel.
Eine Prase, geb. am 22. Dezember 1885, gest. am 13. Februar 1919 in Hildesheim.

Versammlungs-Kalender.
Mitglieder-versammlungen.
25. März i. Erage. Montag, den 3. März, abends 7 Uhr im Lokal Frh. Eppelstein.

Da infolge des Generalstreiks in Deutschland Verkehrsbedingungen eingetreten waren, kann die Nummer 9 des Fachblattes nicht erscheinen. Als Ersatz dafür bringen wir diesmal 6 Seiten.

An die Lokalverwaltungen!
Wir müssen dringend ersuchen, Bestellungen für das Schuhm. Fachblatt recht tige einzufenden. Bestellungen, die erst im Woche bei uns eintreffen, können meistens nicht mehr berücksichtigt werden, da wir bei chronischen Papiermangel unmöglich mehr tausende Blätter auf Ersatzwahl mehr drucken lassen können.
Expedition des Schuhmacher-Fachblattes

Zur Beachtung!
Wer an das „Schuhm.-Fachblatt“ etwas zu beibringen hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten:
1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten bedrucken.
2. keine Blei- und auch keine Einteilung verwenden.
3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen o. vorgenommen werden können;
4. durch Korrekturen, Änderungen oder Zusätze Freiräume nicht das Manuskript unlesbar machen.
5. Namen und Adressen recht deutlich schreiben.

Inhaltsverzeichnis.
Reichsstatistik für Militärbeschäftigte. — Der Sozialismus. — Deutsche Leiden. — Ueberwachung des Schuhindustriellen. — Mitteilungen. — Bericht nachrichten. — Zentral-Kranken- und Sterbefälle Schuhmacher Deutschlands. — Sterbetafel. — Versammlungskalender.
Beilage: Wirtschaftliche Probleme der Revolution. — Gewerkschaftskampf und Wissenschaft. — Unterhaltungen der Glaslugel.
Feuilleton: Sonnenlicht und Sonnenwärme

Wir suchen für den Vertrieb einer wirklich vorzüglichen Kernschiebe **deutscher Gebrauchsmusterschutz und Patent angemeldet** ganz erstklassige **General-Vertreter.**
Um Angaben von Referenzen wird gebeten.
Hagener Holzvertrieb, Haspe, Wingenier & Co., Tilmannstraße 14.

Inserem Kollegen **Paul Böhm** und seiner lieben Frau zu seiner zweiten Verheiratung am 9. März die herzlichsten Glückwünsche!
Die Zahlreiche Eltern.

Mehrere tüchtige Schuhmacher auf feinste Damen- und Herrenböden bei dauernder Stellung gesucht.
Hilfslohn Mk. 25,50 bis 28,50 pro Paar.
Alexander Mohr, Breslau I, Schmiednickerstraße 3, 4.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über **Schuhmacher-Werkzeuge** werden erschienen.
— Versand gratis und franko. —
E. Wögl, Berlin, Kochringstraße 62.

Die Zubehörlingskunst, Fachbuch 1. Ranges mit 14 Abbildungen Nr. 14 moderner Lederfabrikation 8,70. Der Gerber 12. Herstellung ledernen Leders 8. Die Oberlederfabrik 12. Das färben ledernen Leders 8,70. Der Schuh als Kaufmann 7,25. Lohnberechner 2. Nechmittler per Rechnung. E. Schwarz & Co., Verlag, Berlin, Drosenerstr. 80.

Zwei tüchtige Schuhmacher auf feinste Maßarbeit bei hohem Lohn und dauernder Stellung sucht.
Ferdinand Degen, Bielefeld, Eberstraße 37.

Suche gebrauchte **Fräsmaschine und Lederwalze** zu kaufen. Preise unter A. 1.100 an Haasenstein & Vogler, A.-G., München.

Die Arterienverkalkung Erkennungen, Schlagfl. Wesen, Vorhütung und Heilung von Dr. Euda. Wertvolle Ratsschläge und die zur Vorhütung. Preis nur Mk. 1,80 per Nachnahme.
Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Görlitz.

Wichtig! **Wichtig!** **Wichtig!**
Neues Schuhmacher-Wachs Preisveränderung 6 Mk.
Georg Herold, Postmühle, Post, Helfenbanten.

Handstanzmesser Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk.
Fennus 600 Amt Ostlig.
Theo Breuer, Herzfeld 6, Bollingen.

Nachruf!
Am 21. Februar nach langem Leiden unser treues Mitglied **Sabeta Rauh** im 21. Lebensjahre.
Ein „Ruhe sanft“ ruft ihr noch
Die Zahlreiche Dargstättler.

Größerer Posten Kriegsschuhe (Holzsole mit Oberleder) bei hohem Rabatt abzugeben. Einziges Angebot auch für Wiedervertäufer. Vermittlung erbeten.
Anfragen an Bürgermeisteramt in Heilbrunn-Nabr.

Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt Nr. 10.

Wirtschaftliche Probleme der Revolution.

nach Arbeiterstimmen. — Nur keine Sozialisierung. — Längere Arbeitszeit, Ab- röhne. — Schwächung der Arbeitslosen. — Recht Arbeit. — Aufgaben des Volkstaates. — Wirtschaft- liche Gleichheit der Frau. — Klarheit der Ziele.

Der Mensch, der in schwankender Zeit auch schwankend gemittelt ist, der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter.

Ein wahres Wettrennen um die Gunst des Arbeiters im verflochtenen Wahlkampf die bürgerlichen Parteien.

Keine war darunter, die nicht ihren alten Namen in Namen einer „Volkspartei“ umgewandelt hatte, keine nicht in ihren Wahlkreisen dem Volke das Wohlste Beste versprochen hätte. Jede einzelne Partei für sich für allein befähigt, den schwergeprüften Wähler die dringenden Erfordernisse „Frieden, Freiheit, Brot“ in Aussicht stellen zu dürfen.

Nur keine Sozialisierung! In diesem Punkte alle einig von rechts bis links, das war auf wirtschaftlichen Gebieten das Programm, das in allen Wahl- kreisen, von allen bürgerlichen Wählerkreisen an die Spitze wurde. Höchstens daß sich hier und da ein Redner vor nicht dagegen hat, daß man die Sozialisierung „reiner“ Industrien, die schon eine Monopolstellung haben, „zu gegebener Zeit ins Auge fassen“ könne. Je schreiere aber alles an der Rohstofffrage.

Daß die Frage des Rohstoffbezugs bei einer Ver- zettelung einzelner Industrien unter demokratischer Kontrolle — die zunächst mögliche Lösung der Sozialisie- rung — unter Einflußnahme und Mitwirkung der Arbeiter- mehr Schwierigkeiten bieten soll, als unter privater Leitung nicht recht ersichtlich.

Aber, so wurde weiter behauptet, die Sozialisierung der Industrien müsse gehemmt werden, denn nur der Unternehmer entwickle aus persönlichem Interesse notwendige Initiative.

Schwerer festsetzt, daß die allergrößten Betriebe bisher lange unter Leitung von bezahlten Direktoren stehen die Eigentümer der Fabriken (Waldgebet, Banken) den- ken oft gar nicht einmal kennen. Die Sozialisierung der Industrien, so sagte man weiter, werde bürokratisch und mechanisierend wirken, obwohl erwartet werden muß, daß eine Mitarbeiter und Kontrolle der Arbeiter in einzelnen Betriebsabteilungen, die Auslese und Verwen- den der Tüchtigsten an den geeigneten Stellen das Gegen- teil bewirken würde. Die Sozialisierung läßt sich mit der- selben der Erfindertätigkeit, obgleich jeder Einsichtige weiß, die Großindustrie läßt die Erfinden zu voraussetzenden Kreaturen gemacht hat; daß Erfinden in hunderten Fällen, weil sie nicht über Kapital verfügten, um die ihre geistigen Schöpfungen gepreßt worden sind.

Die Möglichkeit der Sozialisierung ist der drückende der den Kapitalisten eine Zerstückelung verursacht, die dadurch würde ja ein guter Teil des Bodens ihm weggen, auf dem der Kapitalismus bisher seine Profite gemacht hat. Das ist aber auch für die Arbeiter der springende Punkt an ihrer Forderung festzuhalten, den erarbeiteten Lohn und Nutzen nicht nur einzelnen Privaten, son- dern der Allgemeinheit zuzuführen.

Mit der Liquidierung des Krieges drohte in der Wehr- zugebung des Kapitals ein Stillstand einzutreten, was in kurzer Zeit vielfältigen Gewinn ergäßen können. War es damit mit einem Schloße aus. Andere Mög- lichkeiten zur Umformung des Kapitals in Rente waren nur, war doch Deutschland noch vom Ausland abge- trennt, ohne Rohstoffe, Produktionsmöglichkeiten. Eine Stockung im Mehrwertzufluß aber mußte sich bei Banken und sonstigen Geldinstituten, die ja im Vor- dergrunde die Verschuldung übernommen haben, vier, fünf und Prozent Zinsen zu gewöhnen, beängstigend bemerkbar. Wie, die Wehrverteilung sollte jetzt eine Unter- brechung erleiden? Wurde das sein? Den Hindernis mit durchzuspüren, den Spekulanten, den Geldhändlern die Verschuldungsmöglichkeit. Die Rente des Rentiers, die Rente des Aktionärs war in Gefahr.

Wie so lange laurierte das profituliere Kapital darauf, wie mit dem Ausland in Verbindung zu kommen; die- ses warf strebt wieder hinaus über die Grenzen, sie wieder Weltmarkt, Weltgeltung erlangen. Warum nur keine Eingriffe in das Privatvermögen!

Der Mensch wie die Erbschaft der kapitalistischen Welt ist aufgedeckt. Deshalb erfolgte die Jagd des Bür- gers nach Arbeiterstimmen; deshalb der Schrei nach Nationalversammlung, deshalb die gutgeheißene Ver- einigung.

Deutschland ist bettelarm geworden. Um es aus dem Elend herauszuführen, muß seine Industrie in den- ken gesetzt werden, so rasch als irgend möglich auf dem Weltmarkt wieder mit Waren in Konkurrenz treten zu können. Willigt es uns nicht bald, Waren auszuführen, wird es dazu kommen, daß wir Menschen exportieren, während unsere tüchtigsten Arbeitskräfte aus, so- bald die Erbauer des kapitalistischen Systems be-

weglich fliegen. Und im Anschluß daran kam dann das wesentliche:

„Eine Verbeibaltung des Achtstunden-Arbeits- tages sei von vornherein ausgeschlossen, wenn die deutsche Industrie konkurrenzfähig werden soll, im Gegenteil, es würde wohl nicht nur neun, sondern wieder zehn Stunden täglich ge- arbeitet werden müssen. Gleichzeitig sei unbedingt erfor- derlich der Abbau der viel zu hohen Arbeitslöhne und zwar sofort, selbst wenn an eine Herabsetzung der Lebens- mittelpreise nicht sogleich herangegangen werden könne.“

Jetzt weiß der Arbeiter, was er von den Schätzern des Kapitals zu halten hat. Die Arbeiterschaft hat volles Verständnis für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Daß sie aber im Profitinteresse des Kapitals noch länger und angestrengter kämpfen sollen, bei noch mehr veräußerter Ernährungs-Möglichkeit, dafür müssen sie sich bedanken.

Mit dem gleichen Unverständnis und blinden Gehässigkeit ist im Wahlkampf von bürgerlicher Seite auf die Arbeit- losen geschimpft und gewettert worden. Man erhob die Forderung, daß die Masse der Arbeitslosen in den Städten angebotene Arbeit bößwillig ablehne. Zur Ver- stärkung wurden allerlei Arbeitsgelegenheiten und Ver- schäftigungsmöglichkeiten aufgestellt, die bei näherer Unter- suchung sich als völlig aus der Luft gegriffene Seifenblasen entpuppten (z. B. Waldenstraßentheater in Bayern, bei dem nicht tausende, sondern nur wenige hundert Mann eingestellt werden konnten).

Man bezichtigte die Arbeitslosen des absichtlichen Faul- lenzerebes, obwohl man einen großen Teil derselben schon seit aus der Arbeit entlassen hatte, um die Plätze der aus dem Feibe Heimgekehrten frei zu machen. Man schimpfte und getete über zu hohe Arbeitslosenunterstützung, die doch nur unter dem Druck der Ernährungsnotwendig- keiten eine Erhöhung hatte erfahren müssen. Mit allerlei Frey- und Schmähdreden, mit verlogenen Gerüchten in der Presse wurde eine „öffentliche Meinung“ gegen die unglück- lichen Arbeitslosen erzeugt.

Das hat einen durchsichtigen Zweck. Man will, daß die Arbeitlosenunterstützung verweigert, gestürzt oder vor- enthalten wird, und die Arbeiter hieremacht, sich wieder billiger anbieten sollen. Man sagt, wie früher, seine ganze Hoffnung auf die Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Man hofft darauf, daß die große Zahl der freigeordneten weib- lichen Arbeitskräfte die Männer im Lohn unterbieten werden. Man denkt wohl auch daran, daß auch die Kriegs- beschädigten, die selbst noch nicht das nötige Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit besitzen, den Anfang machen werden, sich billig anzubieten.

Unter dem Druck der gewaltigen Zahl Arbeitsloser dann die Löhne der in Arbeit stehenden herab- setzen zu können, darauf warten die Kapitalisten, damit rechnen sie. Das ist die kapitalistische Erpressermoral.

Aber es gibt unter den deutschen Arbeitern immer noch Leute, die in dem alten Wahn befangen sind, es muß alles so sein wie bisher, und so bleiben. Der prole- tariatsche Spieler kann sich gar nicht denken, daß dem Arbeiter, wenn er ins Unglück der Arbeitslosigkeit gerät, soviel an Unterstützung erhalten soll, daß er mit seiner Familie notdürftig ein Auskommen hat. Es gibt Arbeiter, bei denen die Neuerung Kopfschütteln erregt, daß der Sicherheitsfond für seine Tätigkeit in ähnlicher Weise eine Bezahlung erhält wie der Arbeiter aus. Es gibt Arbeiter, die es in der Ordnung finden, daß die Frau nicht in den Stand gesetzt wird, den gleichen Lebensaufwand machen zu können als der Mann. Ja es gibt Arbeiter, die den Schwund der kapitalistischen Profitgier wirklich glauben, daß nur durch eine gerührende endlos lange Arbeitszeit und nur durch miserable Bezahlung die Indus- trie wieder in Gang zu bringen sei. Das ist Widersehens- moral, die selbst in Zeiten der Revolution nicht ins Wanken gekommen ist, gekennzeichnet durch den Spruch:

„Macht frei den Menschen, und ich werde eins bleiben ihm eigen immerdar.“

Das Interesse an der Rente, mit der er einst gefesselt war!

Das ist der deutsche Michel, wie er lebt und leidet!

Der es soeben als Soldat geradezu als Voraussetzung an- sah, von den reichen Bourgeoisfamilien gesunden, ge- knechtet und getreten zu werden; der glaubte, ein Aufbebens machen zu müssen, wenn einmal einer darunter war, der sich als Mensch gegen Menschen denkam.

Eine solche Denkungsort ist unendlich eines Arbeiters, unwürdig eines organisierten Arbeiters, der die wirtschaft- lichen Zusammenhänge kennt. Eine ganz andere Denkung- art muß unter der Herrschaft der Arbeiter Platz greifen, die Denkungsort ist: Helfen Wollens und Wirkens.

Jeder einzelne Arbeiter muß das Bewußtsein haben, ein notwendiges und nützliches Glied der Gesellschaft zu sein.

Die Revolution hat die politische Gleichheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchgeführt, den politischen Klassencharakter aufgehoben. Soll jetzt der Freie als ein wirtschaftlich und nichts bieten können, sollen wir wirtschaftlich ins Joch des alten Kapitalismus zurück?

Wie in allen großen Revolutionen ist auch bei dieser wieder eine Forderung aufgetaucht, die in dem Satz „Das Recht auf Arbeit“ formuliert ist. Mit anderen Worten ist damit gemeint, das Recht auf Existenz. Das be- deutet, daß für jeden, der arbeiten will, Arbeit und Existenz geschaffen werden soll; daß er, solange er Arbeit hat, ge-

nügend Existenzmittel verdient, wenn er aber keine besitzt, der Staat als Träger des Gemeinwohlens die Ver- pflichtung hat, ihn zu erhalten.

Das Recht auf Arbeit ist ein Versuch, auf wirtschaft- lichem Gebiete der Forderung „Gleichheit alles dessen, was Menschenanfällig trägt“ näher zu kommen.

Im Gewährung des „Rechts auf Arbeit“ hat sich der kapitalistische Staat bisher stets herumgedrückt. Wir wissen, das Bürgertum will nicht, aber er kann auch gar nicht ein positives Recht auf Arbeit anerkennen. Es braucht die Konkurrenz der Arbeiter unter sich, es benötigt die Zer- rissenheit und Feindseligkeit des Proletariats, es braucht die Hungerpeinliche der Arbeitslosigkeit als Antreibemittel, um ungehindert seine Profitstappe hoch zu können. Das Kapitalismus der verflochtenen Zeit hat Heimarbeiter, In- validen, Frauen schlecht bezahlt und in seinem Profit- interesse ausgebeutet, und damit aber auch zugleich hat er die Konkurrenz der Arbeiter unter sich erzeugt.

Der alte Kapitalistenstaat, der war das Instrument, dessen sich der Kapitalismus bediente zur Förderung seiner Interessen. Er mußte den Kapitalisten Handlanger leisten, schämter reich zu werden (Jahrgang ist, Absperrung der Einfuhr, Liebesgatespolitik). Die vornehmste Aufgabe sah er in dem Schutz des Eigentums, der Förderung des Kapitals.

Vom neuen Volkstaate müssen wir erwarten, daß er im Schutz des Menschen, seiner Freiheit und Entwicklung, seine erste Aufgabe sieht. Wir müssen es verhindern, daß der Staat jemals wieder zum Diener und Helfer des Kapitals herabgewürdigt wird. Wir müssen es bewirken, daß der neue soziale Staat eine Macht repräsen- tiert, die den Kapitalismus zu neusten ins Lande ist; der ins Lande und mächtig genug ist, den kapitalistischen Aus- wüchsen Schranken zu setzen. Wir müssen einen Staat, der den Arbeiter gegen überlange Arbeit wie gegen Unter- ernährung schützt; der eine freie Entwicklung gewährleistet und nicht den Menschen dann verläßt, wenn er seiner am nötigsten bedarf. Vor allem fordern wir vom Staat, daß er alle seine Glieder gleich bewertet.

Der größte Unterschied bestand bisher auf wirtschaft- lichem Gebiete darin, daß die Frau dem Manne gegenüber benachteiligt wurde. Es war eine Fälligkeit kapitalistischer Profitgier, daß den Frauen für ihre Arbeit eine geringere Bezahlung geleistet wurde. Die Frau bildet im Industrie- betriebe eine volle Kraft und hat Anspruch darauf, als solche voll bezahlt zu werden.

In den letzten Jahren des Krieges sind die Frauen die Hauptträger der ganzen industriellen Produktion ge- wesen, sie werden darin in der Zukunft mehr als vor dem Kriege einen wesentlichen Faktor bilden. Für hundert- tausende von Frauen gilt, daß sie auf ihren Erwerb nicht mehr verzichten können. Nach Berechnungen des Sanitäts- rats Dr. Prinzling kommen heute auf je 1000 männliche Einwohner im Alter von 18-45 Jahren 1100 weibliche, während diese Ziffer vor dem Kriege nur auf 1004 gestan- den hat. Ein großer Teil der Weiblichkeit wird durch diesen Frauenüberfluß auf ihre Verdienste müssen und auf die eigene Tätigkeit, den Lebensunterhalt zu verdienen, an- gewiesen sein. Viele Witwen werden für unzulängliche Kinder zu sorgen haben. Viele Frauen von Kriegsalten werden durch ihre Arbeit das Familieneinkommen erhöhen müssen.

Die Arbeiterbewegung hat sich stets auf den Boden der Tatsachen gestellt und nie sich gegen die Frauenarbeit gewandt. Aber sie hat stets betont, daß die Frau keine geringeren Lebensbedürfnisse hat und zur Ersetzung ihrer Kräfte den gleichen Aufwand an Lebensmitteln nötig hat, als wie der Mann.

Mit der Gleichstellung der Frau in Lohn und Brot und auf keine andere Art ist die Frage des Wettbewerbs zwischen Mann und Frau, das heißt der Lohndruck, dem die Frauennarbeit bisher auslief, für immer zu bannen. Die Revolution hat mit einem Schloße die politische Unterdrückung beseitigt, die die Frau dem Manne gegenüber benachteiligten.

Die Beseitigung der Unterschiede auf wirtschaftlichem Gebiete, die Beseitigung der Konkurrenz der Arbeiter unter sich“ bleibt noch durchzuführen.

Das können die Arbeiter nur erreichen, indem sie die Hebermacht des Kapitals aufheben durch ihre Organisation. Es bedarf dazu der Zusammenballung der Arbeitermassen zu unüberwindlicher Etchkraft.

Die Arbeiterklasse lebt in einem Zeitalter ungeheurer Aufgaben. Schwankende Menschen sind in einer solchen Zeit von Uebel. Wir dürfen und nicht täuschen lassen von der Revolutionspsychose; Klarheit des Zieles muß der Arbeiterklasse stets vor Augen schweben. Mit der neuen Zeit muß auch eine neue Moral sich der Menschen bemäch- tigen, die Moral der Menschennurde, die jeden achtet, der arbeitet, aber jeden verschmäht, der nicht in nützlicher Arbeit im Dienste der Allgemeinheit tätig ist.

Gewerkschaftskampf und Wissenschaft.

Soziales Leben und Überflusse. Eine der schlimmsten Volkseinfälle ist die Überflusse, und sie ist nun so sehr eine Volkseinfälle, je trauriger es mit den sozialen Ver-

